



*Jean - Monnet - Lehrstuhl  
für Europäische Integration*

Freie Universität



Berlin

## *Berliner Online-Beiträge zum Europarecht Berlin e-Working Papers on European Law*

herausgegeben vom  
edited by

Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht  
Chair of Public Law and European Law

Prof. Dr. Christian Calliess, LL.M. Eur  
Freie Universität Berlin

Nr. 87

15.01.2013

Thomas Risse:

### **Solidarität unter Fremden? Europäische Identität im Härtefall**

Zitiervorschlag:

Verfasser, in: Berliner Online-Beiträge zum Europarecht, Nr. 1, S. 1-17.



Der Beitrag geht auf einen Vortrag des Verfassers am 10. Mai 2012 bei der Europarechtkonferenz „In Vielfalt geeint – Wieviel europäische Solidarität? Wieviel nationale Identität?“ zurück, die am 10. und 11. Mai 2012 in Berlin stattgefunden hat. Der Tagungsband zur Konferenz wird demnächst unter gleichlautendem Titel im Mohr Siebeck Verlag erscheinen und den vorliegenden Beitrag enthalten.

## **Solidarität unter Fremden? Europäische Identität im Härtetest**

Manchmal gewinnt man den Eindruck, dass die Euro-Krise die schlimmsten Stereotypen und Vorurteile unter den Europäern zum Vorschein bringt. Da wird Angela Merkel in Nazi-Uniform porträtiert, und im Nachrichtenmagazin „Fokus“ zeigen die Griechen Europa den Stinkefinger (vgl. Graphik 1).<sup>1</sup>

### **Graphik 1: Stereotypen in der Euro-Krise**



Quellen: <http://www.tagesanzeiger.ch/taplus/standard/Bildstrecke-Merkel-in-NaziUniform/story/24860332?track;>  
<http://www.danieldagan.com/?tag=betruger-in-der-eurofamilie> (jeweils zuletzt besucht am 6.1.13)

In der Tat ist die Euro-Krise nicht nur ein Härtetest für die europäische Integration, sondern auch für die vielbeschworene „Solidarität unter Fremden“<sup>2</sup> und dafür, dass europäische Identität zu dieser Solidarität führt. Jetzt muss sich zeigen, ob Europäerinnen und Europäer – insbesondere diejenigen in den reichen Schuldnerländern – bereit sind, sich die Europäische Union (EU) und den Euro etwas kosten zu lassen und den südeuropäischen Krisenländern aus der Patsche zu helfen (allerdings nicht bedingungslos).

\* Der Verfasser ist Professor für internationale Politik und Direktor der Arbeitsstelle Transnationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

<sup>1</sup> Immerhin ist im Titel von der „Euro-Familie“ die Rede, die offenbar auch Griechenland einschließt.

<sup>2</sup> *Habermas, Jürgen, Die Einbeziehung des Anderen, 1996.*

Ich argumentiere im Folgenden auf der Grundlage von Meinungsumfragen und statistischen Analysen, dass Grund für vorsichtigen Optimismus besteht. Erstens hat die Identifikation mit Europa und die Unterstützung der EU während der Krise nicht wesentlich abgenommen. Zweitens sind europäische Bürgerinnen und Bürger durchaus bereit, Solidarität zu zeigen mit den Schuldenstaaten – sofern diese ihre Staatshaushalte und Bankensysteme unter Kontrolle bringen. Und drittens sind Unionsbürgerinnen und –bürger zunehmend willens, sich wechselseitig als Europäer gleiche politische und soziale Rechte zuzubilligen. Dieser Beitrag geht in drei Schritten vor. Erstens muss kurz geklärt werden, was eigentlich unter kollektiver europäischer Identität zu verstehen ist. Zweitens diskutiere ich – ebenfalls kurz – den Stand der Forschung zu europäischen Identitäten anhand von Umfragedaten. Drittens analysiere ich aufgrund der verfügbaren Daten, wie weit es mit der „Solidarität unter Fremden“ im Europa der Euro-Krise her ist.

### **Was sind kollektive Identitäten, und was ist europäische Identität?**

In einer ersten Annäherung können soziale Identitäten als gemeinsam geteilte soziale Konstruktionen verstanden werden, die Individuen mit sozialen Gruppen verbinden.<sup>3</sup> So definiert der Sozialpsychologe Tajfel soziale Identität als „den Teil des Selbstverständnisses eines Individuums, das aus seinem Wissen um die Mitgliedschaft in einer sozialen Gruppe (oder Gruppen) erwächst, zusammen mit den Werten und der emotionalen Bedeutung dieser Mitgliedschaft“.<sup>4</sup> Da Menschen immer Mitglied mehrerer sozialer Gruppen sind, identifizieren sie sich auch mit verschiedenen Gruppen. Man spricht hier von multiplen Identitäten. Ich kann mich mit meinem Sportsverein identifizieren, mit meiner Universität, mit meiner Geschlechterrolle, mit meiner Heimatstadt, meiner Region – oder auch mit Europa. Normalerweise stehen diese sozialen Identitäten nicht im Widerspruch zueinander, sondern wir haben über lange Phasen der Sozialisation gelernt, mit unseren vielfältigen Identitäten zurechtzukommen und sie jeweils kontextspezifisch einzusetzen. Wir fühlen uns nicht ständig als Berliner oder als Deutsche, sondern nur in bestimmten Kontexten, die diese sozialen Identitäten bedeutsam werden lassen.

Soziale Identitäten haben unterschiedliche Komponenten.<sup>5</sup> Inhaltlich gesprochen geht es zunächst darum, was die jeweilige Gruppe auszeichnet (wer sind wir?). Die Freie Universität Berlin bezeichnet sich beispielsweise in ihrer Selbstbeschreibung als „internationale Netzwerkuniversität“.<sup>6</sup> Gleichzeitig machen diese identitären Selbstbeschreibungen deutlich, wo die Grenzen der jeweiligen sozialen Gruppe sind, d.h. wer (nicht) dazu gehört und wer die „Anderen“ sind.

Soziale Identitäten können weiterhin nach dem Grad ihrer Stärke unterschieden werden. In Deutschland beispielsweise ist der Patriotismus weit weniger stark ausgeprägt als etwa in Frankreich oder den USA. Die Stärke sozialer Identitäten sagt etwas aus über den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Und sie gibt Auskunft darüber, welchen Preis Individuen bereit sind, für ihre Identitäten zu bezahlen. Hier kommt die oben angesprochene „Solidarität unter Fremden“ ins Spiel, das mich im Rahmen dieses Aufsatzes noch im Einzelnen beschäftigen wird.

Schließlich können soziale Identitäten danach unterschieden werden, ob über ihre inhaltlichen Komponenten Konsens besteht oder ob sie stark umstritten sind. In der unmittelbaren Nach-

---

<sup>3</sup> Zum Folgenden vgl. *Risse, Thomas*, A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres, 2010, Kap. 1.

<sup>4</sup> *Tajfel, Henri*, Human Groups and Social Categories: Studies in Social Psychology, 1981, S. 255, meine Übersetzung.

<sup>5</sup> Siehe auch *Abdelal, Rawi/Herrera, Yoshiko/Johnston, A. Iain/McDermott, Rose*, Identity as a Variable. A Guide for Social Scientists, in: *dies.* (Hrsg.), Measuring Identity, 2009, S. 17-32.

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.fu-berlin.de/universitaet/leitbegriffe/index.html> (zuletzt besucht am 4.1.13).

kriegszeit war die Identität der jungen Bundesrepublik beispielsweise hoch kontrovers. Es dauerte bis in die 1960er Jahre hinein, bis die Westorientierung fest in der westdeutschen kollektiven Identität verankert war.<sup>7</sup>

Was bedeuten diese Überlegungen nun für europäische Identität? Zunächst folgt aus dem Konzept multipler Identitäten, dass das Verhältnis von nationalen, regionalen, lokalen oder sonstigen Identitäten zu europäischer Identität kein Nullsummenspiel darstellt. Niemand braucht seine deutsche, französische oder polnische Identität aufzugeben, um „Europäer“ zu werden. Es ist in diesem Kontext bemerkenswert, dass europäische Identitätssymbole in der Öffentlichkeit fast immer neben nationalen oder anderen Symbolen auftreten. Die deutschen, französischen oder polnischen Flaggen wehen fast nie für sich allein, sondern fast immer zusammen mit der europäischen Flagge (Großbritannien ist die große Ausnahme). Die Euro-Münzen sind ein weiteres Beispiel für multiple Identitätskonstruktionen. Während die eine Seite überall in Europa gleich aussieht, haben die Euro-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gehabt, die andere Seite jeweils national zu gestalten, in Deutschland finden wir das Brandenburger Tor als nationales Symbol.<sup>8</sup>

Daraus folgt auch, dass europäische Identität nicht jenseits nationaler oder anderer Identitäten entsteht, sondern dass es sich in Wirklichkeit um die Europäisierung diverser sozialer Identitäten handelt. Insofern ist die europäische Identität eine „Bindestrich-Identität“. Wir fühlen uns als europäische Deutsche oder französische Europäer, und wir verstehen Paris, Madrid, Prag oder Berlin als europäische Hauptstädte. Europa ist tief in die verschiedenen nationalen, aber auch regionalen oder lokalen Narrative eingeschrieben. Es ist fast unmöglich zu beschreiben, was uns als Deutsche ausmacht, ohne spätestens im zweiten Satz Europa zu erwähnen.<sup>9</sup>

Gleichzeitig teilt Europa ein Problem mit einer ganzen Reihe anderer Gemeinwesen, die über unmittelbare persönliche Kontakte hinausgehen. Es handelt sich um eine „imaginierte Gemeinschaft“<sup>10</sup>, d.h., die Mitglieder der Gemeinschaft - Europäerinnen und Europäer – kennen sich nicht untereinander. Die Herausforderung imaginierter Gemeinschaften besteht darin, dass die Mitglieder sie als „real“ wahrnehmen müssen, um sich damit identifizieren zu können. D.h., die psychologische Existenz solcher Identifikationsobjekte steht immer zur Disposition.<sup>11</sup> Nationalstaaten versuchen, ihrem imaginierten Charakter als Gemeinschaften dadurch „Wirklichkeit“ zu verschaffen, dass sie die eigene Identität immer wieder symbolisch zu reifizieren versuchen, über Nationalfeiertage, Flaggen, Nationalhymnen, historische Narrative, Gedenkstätten usw. Hier hat die EU als imaginierte Gemeinschaft ein echtes Problem, denn die europäische Symbolik ist eher dünn ausgeprägt. Wer weiß schon, wann der „Europatag“ gefeiert wird, welches die Europa-Hymne ist usw.?

Hinzu kommt die fundamentale Unklarheit der europäischen Grenzen. Wir können vielleicht noch definieren, wer Mitglied der Europäischen Union ist und wer als Unionsbürger gelten kann. Aber mit jeder Erweiterung hat die EU ihre Grenzen ausgedehnt. Und wie sieht das mit den Beitrittskandidaten aus? Gehört die Türkei zu Europa oder nicht? Schließlich ist der Flickenteppich der europäischen Integration zu beachten. Euro-Land hat andere Grenzen als Schengen-Land, und die EU selbst ist mit beiden nicht identisch. Schlimmer: Das Nicht-

---

<sup>7</sup> Vgl. *Doering-Manteuffel, Anselm*, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, 1999.

<sup>8</sup> Vgl. *Risse, Thomas*, The Euro between national and European identity, in: *Journal of European Public Policy* 2003, Bd. 10, Nr. 4, S. 487-503.

<sup>9</sup> Vgl. *Engelmann-Martin, Daniela*, Identity, Norms and German Foreign Policy: the Social Construction of Ostpolitik and European Monetary Union (European University Institute: Dissertation), 2002.

<sup>10</sup> *Anderson, Benedict*, Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, 1991.

<sup>11</sup> Vgl. *Castano, Emanuele*, European Identity: A Social-Psychological Perspective, in: *Herrmann, Richard K./Brewer, Marilyn/Risse, Thomas* (Hrsg.), Transnational Identities. Becoming European in the EU, 2004, S. 40-58.

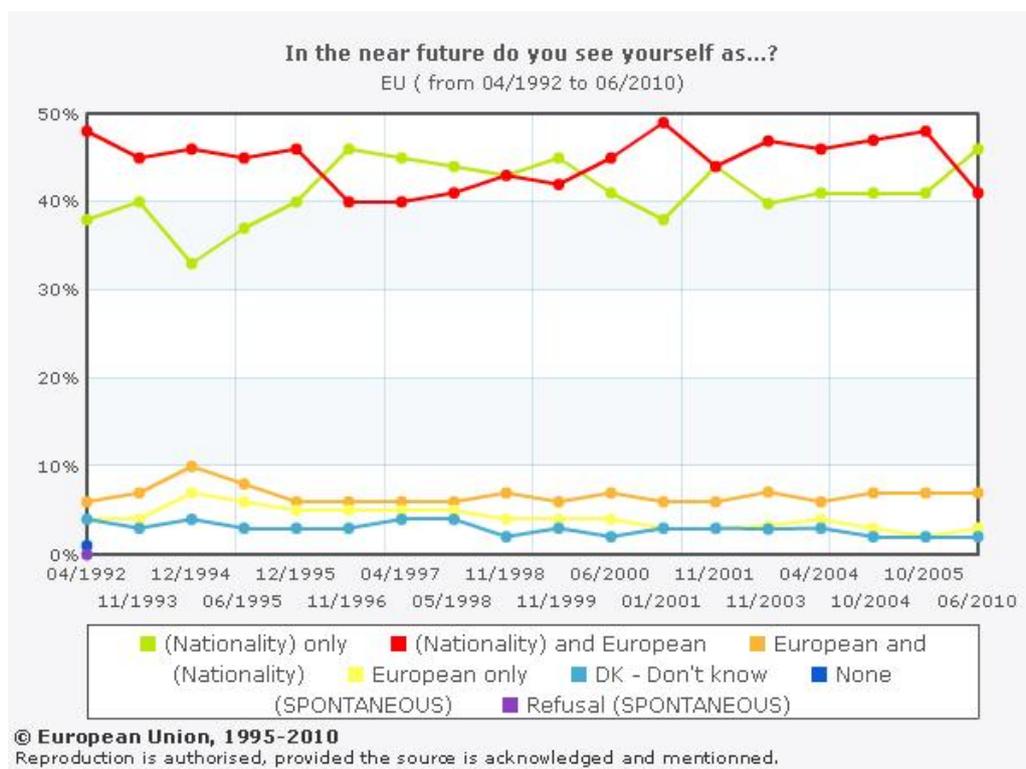
Mitglied der EU Norwegen ist Mitglied der Schengen-Region, das EU-Mitglied Großbritannien aber nicht. D.h., wenn ich aus Berlin komme, muss ich in London meinen Pass zeigen (obwohl ich immer noch im EU-Raum bin), in Oslo aber nicht (obwohl ich die EU verlassen habe). Kein Wunder, dass die EU ein problematisches Identifikationsobjekt ist mit unklarer „psychologischer Existenz“ und vagen Grenzen!

Angesichts dieser Problematik ist es umso bemerkenswerter, dass wir überhaupt eine allmähliche Europäisierung nationaler und anderer kollektiver Identitäten empirisch beobachten können. Hier hat die Forschung in den vergangenen fünfzehn Jahre große Fortschritte gemacht, einige Ergebnisse möchte ich im Folgenden vorstellen.

## Und sie bewegt sich doch: Die Europäisierung nationaler Identitäten

Ich beginne mit einem Überblick über Daten des Eurobarometers (vgl. Graphik 2), die zweimal jährlich in ganz Europa erhoben werden.<sup>12</sup> Seit 1992 fragt das Eurobarometer in regelmäßigen Abständen, wie sich die Europäerinnen und Europäer in Zukunft sehen, als Angehörige ihrer eigenen Nation oder als Angehörige ihrer eigenen Nation in verschiedenen Kombinationen mit Europa. Diese Frage hat sich als valider Indikator für das Ausmaß europäischer Identität herausgestellt, und zwar in einer ganzen Reihe von empirischen Untersuchungen.<sup>13</sup>

### Graphik 2: Duale Identitäten in Europa, 1992-2010



Quelle:

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/cf/showchart\\_line.cfm?keyID=266&nationID=16.&startdate=1992.04&enddate=2010.06](http://ec.europa.eu/public_opinion/cf/showchart_line.cfm?keyID=266&nationID=16.&startdate=1992.04&enddate=2010.06) (zuletzt besucht am 4.1.13)

<sup>12</sup> Zum Folgenden vgl. Risse, 2010, s.o. Fn. 3, Kap. 2-4.

<sup>13</sup> Vgl. z.B. Hooghe, Liesbet/Marks, Gary, Calculation, Community, and Cues. Public Opinion on European Integration, European Union Politics 2005, Bd. 6, Nr. 4, S. 419-443; McLaren, Lauren, Identity, Interests and Attitudes to European Integration, 2006; Sanders, David/Magalhaes, Pedro/Toka, Gabor (Hrsg.), Citizens and the European Polity. Mass Attitudes Towards the European and National Polities, 2012.

Es zeigt sich zunächst, dass diejenigen, die sich ausschließlich mit Europa identifizieren, eine verschwindende Minderheit ausmachen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger bekennen sich zu dualen Identitäten („Nation und Europa“ bzw. „Europa und Nation“), wobei in dieser Gruppe die sog. „inklusive Nationalisten“ („Nation und Europa“<sup>14</sup>) die große Mehrheit ausmachen. Dem stehen im Durchschnitt etwa 40% der Bürgerinnen und Bürger gegenüber, die sich ausschließlich mit dem eigenen Nationalstaat identifizieren („exklusive Nationalisten“). Dabei ist zu beachten, dass die Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten enorm sind. Fast zwei Drittel der Briten, Iren und Tschechen identifizieren sich ausschließlich mit der eigenen Nation, wohingegen drei Viertel der Luxemburger und immerhin fast zwei Drittel der Deutschen, Niederländer und Franzosen sich zumindest teilweise als Europäerinnen und Europäer sehen.<sup>15</sup> Das Ausmaß der Identifikation mit Europa in den neuen EU-Mitgliedsstaaten weist mittlere Werte zwischen diesen Extremen auf. Interessant ist auch, dass die Bevölkerung der sechs Gründerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sich im Zeitverlauf kontinuierlich überdurchschnittlich mit Europa identifiziert.

Nun könnte man einwenden, dass Europa als „Bindestrich-Identität“ im Vergleich mit den nationalen Identitäten eher schwach ausgeprägt ist. Die größte Gruppe derjenigen, die sich irgendwie mit Europa identifizieren, tun dies als „inklusive Nationalisten“, d.h. Europa wird zu einer sekundären Identität. Es zeigt sich aber, dass selbst Menschen mit nur schwach ausgeprägter europäischer Identität („Nation und Europa“) die europäische Integration weit überdurchschnittlich unterstützen. Vertrauen in EU-Institutionen und emotionale Bindungen an Europa führen zu überdurchschnittlich positiven Einstellungen zur Europäischen Union.<sup>16</sup> Was Einstellungen zur EU angeht, so besteht die Hauptdifferenz zwischen „exklusiven Nationalisten“ einerseits und denjenigen, die sich sekundär mit Europa identifizieren.<sup>17</sup> Letztere unterscheiden sich von den „exklusiven Nationalisten“ auch noch durch eine ganze Reihe anderer Eigenschaften: Sie sind besser ausgebildet, mobiler, zumeist jünger und erheblich toleranter gegenüber Minderheiten und EU-Ausländern. Dagegen ist die Europa-Skepsis im Sinne einer prinzipiellen Opposition gegen die europäische Integration unter denjenigen weit verbreitet, die sich ausschließlich mit dem eigenen Nationalstaat identifizieren.<sup>18</sup>

Wir können also festhalten, dass sich immerhin fast 60% der Europäerinnen und Europäer zumindest teilweise mit Europa identifizieren, wobei „Europa“ fast ausschließlich mit der EU gleichgesetzt wird<sup>19</sup> – und dies, obwohl die psychologische Existenz der EU als imaginierter Gemeinschaft eher schwach ausgeprägt ist (s.o.).

---

<sup>14</sup> Zum Begriff vgl. *Hooghe/Marks*, s.o. Fn. 13.

<sup>15</sup> Im Sinne dualer Identitäten; Daten von Juni 2012, vgl. Directorate-General for Communication: Two years to go to the 2014 European elections. European Parliament Eurobarometer (EB/EP 77.4), 2012, S. 24.

<sup>16</sup> *Stoeckel, Florian*, Ambivalent or indifferent? Reconsidering the structure of EU public opinion, *European Union Politics*, 2012, S. 1-23.

<sup>17</sup> Vgl. dazu *Hooghe/Marks*, s.o. Fn. 13; *Fligstein, Neil*, Who Are the Europeans and How Does This Matter for Politics?, in: *Checkel, Jeffrey T./Katzenstein, Peter J.* (Hrsg.), *European Identity*, 2009, S. 132-166; *Citrin, Jack/Sides, John*, More than Nationals: How Identity Choice Matters in the New Europe, in: *Herrmann, Richard K./Risse, Thomas/Brewer, Marilyn* (Hrsg.), *Transnational Identities. Becoming European in the EU*, 2004, S. 161-185; *Bruter, Michael*, Citizens of Europe? The Emergence of a Mass European Identity, 2005.

<sup>18</sup> Vgl. *McLaren, Lauren*, Explaining Mass-Level Euroscepticism: Identity, Interests, and Institutional Distrust, in: *Acta Politica* 2007, Bd. 42, Nr. 2/3, S. 233-251, *dies.*, Explaining Opposition to Turkish Membership in the EU, in: *European Union Politics* 2007, Bd. 8, Nr. 2, S. 251-278.

<sup>19</sup> *Laffan, Brigid*, The Politics of Identity and Political Order in Europe, in: *Journal of Common Market Studies* 1996, Bd. 34, Nr. 1, S. 81-102; *dies.*, The European Union and Its Institutions as 'Identity Builders', in: *Herrmann, Richard K./Risse, Thomas/Brewer, Marilyn* (Hrsg.), *Transnational Identities: Becoming European in the EU*, S. 75-96.

Aber wofür stehen Europa und die EU eigentlich? Welche Inhalte werden mit der EU identifiziert? Handelt es sich möglicherweise um einen „nichtssagende Bedeutungsgehalt“<sup>20</sup>, der beliebig gefüllt werden kann? Interessanterweise scheinen Europäerinnen und Europäer durchaus zu wissen, wovon sie reden, wenn sie sich auf die EU beziehen. Drei Themen, die die Besonderheit der EU ausmachen, stehen dabei im Mittelpunkt: „Reise-, Studier- und Arbeitsfreiheit“; „Demokratie und Freiheit“; sowie der Euro.<sup>21</sup> Jeweils mehr als 40% der Befragten identifizieren Europa mit einem dieser drei Themen, gefolgt von „Kultur“ (27%), „Geschichte“ (26%) und dem wirtschaftlichen Erfolg Europas (20%).<sup>22</sup> Dagegen benennen nur Minderheiten die Symbole der EU wie die Flagge, das Motto „Einheit in Vielfalt“ oder die europäische Hymne als Bestandteile europäischer Identität.

Europa und die EU sind also durchaus keine inhaltsleeren Identifikationsobjekte. Vielmehr lässt sich festhalten, dass das Bild, das die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Eliten von der EU malen, Resonanz in der Bevölkerung findet. Die Umfragedaten reflektieren durchaus korrekt die in der Präambel und den ersten Artikeln des Lissaboner Vertrages niedergelegten Ziele der EU.<sup>23</sup> Sie entsprechen einer Identitätskonstruktion, die ein offenes und freiheitliches Europa betont, das Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, eine marktwirtschaftliche Ordnung und soziale Gerechtigkeit garantiert. Dieses „moderne Europa“ entspricht in etwa dem traditionellen Konsens der europäischen Eliten und findet sich in den vielfältigen nationalen Diskursen wieder, jeweils in nationalen Ausprägungen. So hat der Elitendiskurs der Bundesrepublik ein „europäisches Deutschland“ konstruiert, das sich absetzt von der deutschen Vergangenheit von Nationalismus und Militarismus. Im Unterschied dazu knüpft der französische Elitendiskurs unmittelbar an die eigene „glorreiche Vergangenheit“ des Republikanismus und der Menschenrechte an und europäisiert sie. Für die polnischen europafreundlichen Eliten steht die EU dagegen für die Überwindung des Kommunismus und die „Rückkehr nach Europa“, wobei in diesem Diskurs dem Christentum eine besondere Bedeutung zukommt.<sup>24</sup>

Allerdings hat sich in den letzten zehn Jahren ein Gegendiskurs zu diesem modernen und liberalen Europabild entwickelt. Er findet sich vor allem bei den – zumeist rechtspopulistischen - europaskeptischen Parteien wie der französischen *Front National*, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), der niederländischen *Partij voor de Vrijheid* (PVV) oder den „Wahren Finnen“. So heißt es etwa im Grazer Parteiprogramm der FPÖ von 2011:

Wir bekennen uns zu einem Europa der historisch gewachsenen Völker und autochthonen Volksgruppen und lehnen eine künstliche Gleichschaltung der vielfältigen europäischen Sprachen und Kulturen durch erzwungenen Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung entschieden ab. Europa ist nicht auf das politische Projekt der Europäischen Union zu reduzieren. ...Ziel der europäischen Integration ist die Gemeinschaft jener Staaten, die geographisch, geistig und kulturell Europa ausmachen und die sich den abendländischen Werten, dem Erbe der Kulturen und den Traditionen der europäischen Völker verpflichtet haben.<sup>25</sup>

Hier wird ein anderes Europa propagiert, eine Art „nationalistisches Europa“, das die christlich-jüdische Tradition als Ausschlusskriterium gegen Multikulturalismus und Immigration betont. Es geht hier nicht mehr darum, die Europäische Union einfach zu verlassen und sich

---

<sup>20</sup> Empty signifier, vgl. *Breakwell, Glynis M.*, Identity Change in the Context of Growing Influence of European Union Institutions, in: *Herrmann, Richard K./Risse, Thomas/Brewer, Marilyn* (Hrsg.), *Transnational Identities. Becoming European in the European Union*, 2004, S. 25-39.

<sup>21</sup> European Commission, Eurobarometer 65, Public Opinion in the European Union 2006, S. 73; Directorate-General for Communication, s.o. Fn. 15, S. 25.

<sup>22</sup> Diese Daten wurden im Juni 2012 erhoben, also mitten in der Euro-Krise. Dies mag den niedrigen Stellenwert wirtschaftlicher Erfolge als Identifikationsmerkmal der EU erklären.

<sup>23</sup> Vgl. Präambel und Art. 2 EUV.

<sup>24</sup> Vgl. zu diesen Europabildern *Risse*, 2010, s.o. Fn. 3, Kap. 3.

<sup>25</sup> [http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/dokumente/2011\\_graz\\_parteiprogramm\\_web.pdf](http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/dokumente/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf) (S.17, zuletzt besucht am 4.1.13).

auf den Nationalstaat zurück zu ziehen. Es handelt sich auch hier um eine europäische Identitätskonstruktion, allerdings eine, die den Werten des liberalen und offenen Europa skeptisch gegenübersteht.

Ich fasse zusammen:

1. Es steht insgesamt nicht schlecht um die Europäisierung nationaler Identitäten in Europa. Die Bevölkerung der 27 EU-Mitgliedsstaaten identifiziert sich mehrheitlich mit Europa im Sinne einer sekundären Identität, in Ergänzung zu nationalen und anderen Identitäten. Wer sich aber mit Europa identifiziert, und sei es nur im Sinne einer um Europa erweiterten nationalen Identität, der oder die unterstützt überproportional die europäische Einigung.
2. Die EU wird in den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten vor allem als Raum der (Reise-) Freiheit und der Demokratie wahrgenommen, hinzu kommt der Euro als Identitätssymbol. Dies entspricht der Vision eines liberalen und modernen Europas, die sich in den politischen Elitendiskursen wie auch in den EU-Verträgen wiederfindet. Dem gegenüber steht zunehmend die Vorstellung eines „nationalistischen Europa“, das sich gegen Ausländer und Multikulturalismus abgrenzt und das von den rechtspopulistischen Parteien in Europa als Gegenvision propagiert wird.

Was heißt dies nun für die vielbesprochene „Solidarität unter Fremden“ in Europa? Sind diejenigen, die sich mit Europa identifizieren, bereit, dafür einen Preis zu bezahlen, auch und gerade in der Euro-Krise?

### **Solidarität in der Krise? Europäische Identität auf dem Prüfstand**

Bevor ich auf einige Studien zur Thematik eingehe, stelle ich zunächst aktuelle Umfragedaten zur EU allgemein und zur europäischen Identität im Verlauf der Euro-Krise vor. Wenn man sich die mühsamen Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene, die teilweise äußerst negative Medienberichterstattung und die sozialen Unruhen in den südeuropäischen Schuldenstaaten vor Augen hält, dann könnte man vermuten, dass das Projekt der europäischen Integration in der Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten während der Euro-Krise immer negativer wahrgenommen wird. Davon kann in diesem Ausmaß keine Rede sein.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Unterstützung für die europäische Integration (Indikator: Unterstützung für EU-Mitgliedschaft) zu Beginn der Euro-Krise leicht abgenommen, aber sich dann 2012 wieder auf dem vorherigen Niveau (50% im Durchschnitt der EU 27) stabilisiert hat, wobei nur 16% die EU-Mitgliedschaft ablehnen.<sup>26</sup> Die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft ist in der Eurozone sogar überdurchschnittlich gewachsen, allerdings sind die Unterschiede zwischen den Ländern enorm. Am stärksten hat die Unterstützung für die EU bemerkenswerterweise in Deutschland, dem wichtigsten Gläubigerland, zugenommen (+16% von 2011 auf 2012, das ist bei Meinungsumfragen ein enormer Sprung), aber auch u.a. in Frankreich – und sogar in Griechenland, dem Hauptkrisenland (+8%). Weniger Unterstützung gibt es dagegen in den anderen Krisenstaaten, vor allem in Irland (-7%, wobei die proeuropäische Haltung der Iren mit 56% immer noch sehr hoch ist), Portugal (-5%), Spanien (-4%, bei immer noch starker Unterstützung) und Italien (-3%). In diesen Daten dürften sich die sozialen Auseinandersetzungen um die Sparpolitik in Südeuropa widerspiegeln, wobei Griechenland – entgegen aller Medienberichterstattung – die große Ausnahme darstellt.

Dagegen hat das Image der EU während der Krise offenbar gelitten. Weniger Menschen nehmen die EU als positiv wahr, in den EU 27 ist die Bevölkerung im November 2012 ziemlich deutlich gespalten zwischen denjenigen, die die EU positiv sehen (30%), und denjenigen mit

---

<sup>26</sup> Directorate-General for Communication, s.o. Fn. 15, S. 14-16.

einem negativen Image (29%; eine Pluralität von 39% sieht die EU neutral, diese Gruppe hat stark zugenommen.<sup>27</sup>

Wie hat sich die Euro-Krise auf die Identifikation mit Europa ausgewirkt (vgl. die Zeitreihe oben)? Zunächst ist in den EU 27 ein leichter Rückgang der Europäisierung nationaler Identitäten zu verzeichnen, verbunden mit einer Zunahme derjenigen, die sich als exklusive Nationalisten sehen (+5% von 2011 bis 2012).<sup>28</sup> Dies gilt auch für die Euro-Zone, wobei hier die Varianz zwischen den Mitgliedsstaaten wiederum groß ist. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass die Zahl derjenigen, die sich ausschließlich mit ihrem Nationalstaat identifizieren, in den südeuropäischen Krisenstaaten zum Teil stark zugenommen hat (+11% in Spanien, +10% in Portugal, +8 in Italien). Dabei ist allerdings zu beachten, dass sich in Spanien und Italien nach wie vor große Mehrheiten mit Europa identifizieren, und sei es als sekundäre Identität). Die große Ausnahme bildet wiederum das Hauptkrisenland Griechenland. Hier hat die Zahl der „inkluisiven Nationalisten“ („Nation und Europa“, s.o.) von November 2011 bis Juni 2012 um immerhin 18% zugenommen, eine sehr große Steigerung. Es könnte sein, dass die EU-Maßnahmen zur Rettung Griechenlands in der Euro-Zone durchaus die Unterstützung der Griechen finden – ganz im Gegenteil zu den Fernsehbildern von sozialen Unruhen.

Interessant ist auch, dass der Euro insbesondere in den Hauptkrisenländern zunehmend als Identitätssymbol für Europa wahrgenommen wird. Zwischen 2008 und 2012 hat die Anzahl derjenigen, die den Euro als europäisches Identitätssymbol sehen, in Spanien um 25%, in Griechenland um 20% und in Irland um 14% zugenommen. In diesen Ländern – wie in der Euro-Zone insgesamt ist der Euro das wichtigste Identitätssymbol Europas.<sup>29</sup> Dies spricht dafür, dass der Euro ein Sinnbild für die „psychologische Existenz“ der imaginierten Gemeinschaft EU darstellt.

Dagegen hat die Euro-Krise in den wichtigsten Gläubigerländern wie Deutschland, Niederlande, Frankreich, Finnland u.a. kaum Spuren hinterlassen, was die Identifikation mit Europa angeht. Die Veränderungen fallen hier insgesamt unterdurchschnittlich zugunsten einer stärkeren Identifikation mit dem Nationalstaat aus, verglichen mit dem allgemeinen EU-Trend. Fast zwei Drittel der Deutschen, der Holländer und der Franzosen identifizieren sich nach wie vor mit Europa, und sei es im Sinne einer sekundären Identität (s.o.).

Zusammengefasst ergibt sich aus diesen Daten, dass von einer allgemeinen Krise der europäischen Integration in den Augen der EU-Bürgerinnen und –Bürger keine Rede sein kann. Die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft hat insgesamt leicht zugenommen, wohingegen die Identifikation mit Europa in den EU-27 leicht nachgelassen hat. Am negativsten hat sich die Euro-Krise bisher auf die Einstellungen der Bevölkerung in den südeuropäischen Krisenländern ausgewirkt – mit der bemerkenswerten Ausnahme von Griechenland, wo sowohl die Unterstützung für die EU als auch die Identifikation mit Europa drastisch zugenommen haben. Dagegen sind die Auswirkungen der Euro-Krise auf die Einstellungen der Bevölkerung in den wichtigsten Gläubigerländern bislang sehr gering. In Deutschland hat die Unterstützung für die europäische Integration sogar stark zugenommen. Dies scheint mir ein erster Indikator dafür zu sein, dass es mit der „Solidarität unter Fremden“ in Europa doch nicht so schlecht bestellt sein kann.

Hinzu kommt, dass die Unionsbürgerinnen und –bürger zu mehr als 80% der Auffassung sind, die EU-Mitglieder müssten stärker zusammenarbeiten als Folge der Krise, und mehr als 50%

---

<sup>27</sup> Vgl. European Commission, Standard Eurobarometer 78: Autumn 2012. Public Opinion in the European Union, S. 15. Merkwürdigerweise nennt ein Report des Europäischen Parlaments, der ebenfalls Eurobarometer-Daten auswertet, ganz andere Zahlen, was das Image der EU angeht. Danach habe das positive Image der EU von 2011 nach 2012 um ganze 9% europaweit zugenommen (vgl. Directorate-General for Communication, s.o. Fn. 15, S. 12). Die Daten des allgemeinen Eurobarometer-Reports sehen dagegen sehr viel ernüchternder aus.

<sup>28</sup> Vgl. Directorate-General for Communication, s.o. Fn. 15, S. 23-24.

<sup>29</sup> Ibid., S. 25-26.

glauben im Jahre 2012, die EU werde gestärkt aus der Krise hervorgehen.<sup>30</sup> Dagegen sind die Auffassungen darüber eher polarisiert, ob die EU (23%) oder der eigene Nationalstaat (20%) eher für fähig gehalten wird, mit der Krise fertig zu werden. Es ist aber auffällig, dass IMF oder G20 weit weniger Krisenkompetenz zugetraut wird (13% IMF, 14% G20).<sup>31</sup>

Diese etwas ambivalente Einschätzung wird durch weitere Umfragedaten zur Euro-Krise gestützt, wobei ich mich im Folgenden vor allem auf die am meisten von der Krise betroffenen EU-Mitgliedsstaaten konzentriere, also die Schuldenstaaten ebenso wie die Gläubigerstaaten. So gaben 2011 große Mehrheiten von 50-60% an, der Euro habe nicht geholfen, die negativen Wirkungen der Krise zu meistern, wobei diese Einschätzung fast EU-weit Konsens findet.<sup>32</sup> Große Mehrheiten der EU-Bürgerinnen und -Bürger sind auch der Meinung, es werde nur den Mitgliedsstaaten in den größten Schwierigkeiten nützen, wenn ein bestimmter Anteil der öffentlichen Schulden aller Mitgliedsstaaten gemeinsam gehalten wird (sog. „Eurobonds“). Zugleich werde es diejenigen bestrafen, die nicht in Schwierigkeiten steckten. Hier verteilen sich die Einstellungen ungefähr nach der jeweiligen finanziellen Lage des Mitgliedslandes. D.h., Bürgerinnen und Bürger der Schuldenstaaten sehen gemeinsam gehaltene Schulden eher positiv, wohingegen Bewohner der Gläubigerländer sie negativ einschätzen – entsprechend den politischen Diskursen in den jeweiligen Ländern.

Gleichzeitig sind aber große Mehrheiten in allen Mitgliedsstaaten der Meinung, gemeinsam gehaltene Schulden seien „notwendig im Namen der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten“. Dass diese Einstellung in den Krisenländern von fast drei Vierteln der Bevölkerung geteilt wird, ist nicht weiter verwunderlich. Aber auch 71% der Belgier, 67% der Niederländer, 60% der Franzosen und immerhin 56% der Deutschen teilen diese Auffassung (der Durchschnitt der EU 27 beträgt 61%).<sup>33</sup> Noch interessanter sind die Einstellungen zu folgender Aussage: „In Krisenzeiten ist es wünschenswert für unser Land, anderen EU-Mitgliedstaaten finanziell zu helfen, die in große wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten geraten sind.“<sup>34</sup> Während EU-weit genau die Hälfte der Bevölkerung diese Haltung unterstützt, ist die Solidarität mit anderen Mitgliedsstaaten in der Eurozone überdurchschnittlich ausgeprägt, wobei es hier keinen Unterschied mehr macht, ob man in einem Krisenstaat lebt oder in einem Gläubigerland. So bekennen sich 65% der Niederländer, 60% der Belgier, 54% der Deutschen und 52% der Franzosen zur Solidarität mit in Schwierigkeiten geratenen Mitgliedsstaaten (die Mehrheiten in Südeuropa sind ähnlich groß). Nur die Bevölkerungen in den beiden osteuropäischen Euro-Ländern Slowakei und Slowenien sind mehrheitlich gegen solidarisches Verhalten.

Aber Solidarität hat ihren Preis. Auch diese Einschätzung wird von großen Mehrheiten der Bevölkerung in der EU geteilt, insbesondere in der Euro-Zone. Mehrheiten in der Euro-Zone zwischen zwei Dritteln und vier Fünfteln (Niederlande und Deutschland) teilen die Auffassung, dass die EU-Institutionen in einen Konsultationsprozess über die nationalen Haushalte eingebunden werden sollten (nur die Iren fallen mit nur 49% Befürwortung aus dem Rahmen). Hier sind die Unterschiede zwischen Gläubiger- und Krisenländern minimal.<sup>35</sup> Überwältigende Mehrheiten in den Ländern der Euro-Zone sprechen sich auch für automatische finanzielle Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten aus, die die Regeln in Bezug auf Schulden und Haushaltsdefizite verletzen. Diese Haltung wird immerhin von 74% der Italiener, 67% der

---

<sup>30</sup> European Commission, Standard Eurobarometer 78: Autumn 2012. Public Opinion in the European Union, S. 20.

<sup>31</sup> Ibid., S. 21.

<sup>32</sup> European Parliament, Europeans and the Crisis. European Parliament Eurobarometer Summary, 2011. S. 9.

<sup>33</sup> Ibid., S. 13.

<sup>34</sup> Ibid., S. 20.

<sup>35</sup> Ibid., S. 18.

Spanier und 62% der Griechen geteilt, nur die irische Unterstützung dafür ist mit 43% vergleichsweise gering.<sup>36</sup>

Obwohl also die EU-Bürgerinnen und -Bürger der Krisenbewältigung durch die Politik in der Euro-Krise eher skeptisch gegenüber stehen, zeigt die Krise auch, dass europäische Identität zu europäischer Solidarität führt. Allerdings ist diese Solidarität nicht bedingungslos, sondern sie ist daran gebunden, dass in finanzielle Schwierigkeiten geratene Mitgliedsstaaten ihre Schulden bekämpfen und Haushaltsdisziplin einhalten. Es ist bemerkenswert, dass diese Seite des „Deals“ auch von großen Mehrheiten in den Krisenländern unterstützt wird. Es handelt sich um eine europaweit geteilte Einstellung.

Dieser vorläufige empirische Befund wird auch von den ersten Untersuchungen unterstützt, die in der Zwischenzeit zur Euro-Krise und den Folgen durchgeführt wurden. Michael Bechtel u.a. haben 2012 eine Umfrage zur Euro-Krise in Deutschland ausführen lassen und statistisch ausgewertet.<sup>37</sup> Nach dem Stabilisierungsmechanismusgesetz beträgt der deutsche Gewährleistungsrahmen im Kontext der Euro-Krise 211 Milliarden Euro,<sup>38</sup> das entspricht etwa zwei Dritteln des jährlichen Bundeshaushalts sowie ca. 7,6% des Bruttoinlandproduktes. Deutschland ist damit mit weitem Abstand der am wichtigste Gläubigerstaat in der Schuldenkrise (zum Vergleich: der EU-Haushalt, um den in Brüssel mit härtesten Bandagen gestritten wird, beträgt gerade einmal ca. 1% des jährlichen EU-Inlandproduktes). Deutschland stellt also ein Testfall für die „Solidarität unter Fremden“ in der Euro-Krise dar.

Bechtel u.a. können zunächst zeigen, dass die Unterstützung für den Euro-Rettungsschirm („bailout“) in Deutschland konditional ausfällt.<sup>39</sup> Ein bedingungsloser „bailout“ wird von großen Mehrheiten der Bevölkerung abgelehnt. Sobald in den Umfragen aber Bedingungen eingeführt werden, verändert sich die Ablehnung bis hin zu großer Unterstützung für den Rettungsschirm. Entscheidend ist u.a., ob das Empfängerland Maßnahmen zur Begrenzung der öffentlichen Schulden und des Haushaltsdefizits unternimmt und ob der deutsche Anteil am Rettungsschirm als fair eingestuft wird. Die Unterstützung für „bailouts“ ist auch abhängig vom Empfängerland: Solidarität mit Griechenland ist eher gering, mit Irland eher hoch, wobei Spanien und Italien mittlere Plätze einnehmen. Hier scheint die Presseberichterstattung eine nicht unerhebliche Rolle gespielt zu haben (s.o. Graphik 1). Wichtig ist auch, dass eine Konditionalität, die mit erhöhter Arbeitslosigkeit im Schuldenland verbunden ist, nicht unterstützt wird. Insgesamt untermauern diese Daten den obigen Befund, dass Solidarität mit Europäern in der Krise unterstützt wird, sofern die Bedingungen stimmen und das Paket als fair für alle Beteiligten eingeschätzt wird.

Aber was erklärt die Solidarität oder deren Ablehnung? Bechtel u.a. zeigen mittels statistischer Verfahren, dass ökonomische Interessen der Befragten die Varianz nicht erklären können. Dagegen sind altruistische ebenso wie kosmopolitische Einstellungen hoch signifikant. Parteiidentifikationen sind mit der Unterstützung oder Ablehnung von „bailouts“ in „U“-förmiger Weise verbunden.<sup>40</sup> D.h., die Ablehnung steigt an den Rändern des politischen Spektrums (links wie rechts), wohingegen Wählerinnen und Wähler von Mitte rechts bis Mitte links den Rettungsschirmen eher zustimmen, wenn die Bedingungen stimmen. Diese Ana-

---

<sup>36</sup> Ibid., S. 19.

<sup>37</sup> Vgl. zum Folgenden *Bechtel, Michael/Hainmueller, Jens/Margalit, Yotam M.*, *Sharing the Pain: What Explains Public Opinion Towards International Financial Bailouts?*, 2012; *dies.*, *Studying Public Opinion on Multidimensional Politics: The Case of the Eurozone Bailouts*, 2012.

<sup>38</sup> Angaben nach [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Euro-pa/Stabilisierung\\_des\\_Euro/Zahlen\\_und\\_Fakten/2012-12-19-europaeische-finanzhilfen-und-deutscher-beitrag.html#doc283178bodyText4](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Euro-pa/Stabilisierung_des_Euro/Zahlen_und_Fakten/2012-12-19-europaeische-finanzhilfen-und-deutscher-beitrag.html#doc283178bodyText4) (zuletzt besucht am 5.1.13).

<sup>39</sup> *Bechtel, Michael/Hainmueller, Jens/Margalit, Yotam M.*, *Studying Public Opinion on Multidimensional Politics: The Case of the Eurozone Bailouts*, 2012.

<sup>40</sup> Vgl. dazu auch *Hooghe, Liesbet/Marks, Gary/Wilson, Carole J.*, *Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?*, in: *Comparative Political Studies* 2002, Bd. 35 Nr. 8, S. 965-989.

lysen lassen daher vermuten, dass es identitäre Einstellungen sind, die die Befürwortung oder Ablehnung von „bailouts“ für die Schuldenstaaten stark beeinflussen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine Studie von Theresa Kuhn und Florian Stoeckel.<sup>41</sup> Die Autoren analysieren Eurobarometer-Daten, die die Einstellungen zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik (Wirtschafts-Governance) als Ausweg aus der Krise messen, z.B. eine stärkere Koordination der Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten, eine größere Rolle der EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen und Banken sowie eine stärkere Überwachung von Banken-„bail outs“ durch die EU. Die statistische Analyse zeigt einen signifikant negativen Effekt von exklusiver Identifikation mit dem eigenen Nationalstaat auf die Einstellungen zu Wirtschafts-Governance durch die EU. Dieser Effekt ist besonders stark ausgeprägt in EU-Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen. M.a.W., je reicher ein EU-Mitgliedsstaat, desto stärker wirkt sich die exklusive Identifikation mit der eigenen Nation auf die Einstellungen zu einer gemeinsamen EU-Wirtschaftspolitik aus. Umgekehrt zeigt sich, dass diejenigen, die Vertrauen in EU-Institutionen setzen, überdurchschnittlich stark eine europäische wirtschaftspolitische Koordination befürworten. Dagegen spielen sozio-ökonomischer Status und individuelle Kosten-Nutzen-Überlegungen statistisch keine Rolle. Auch diese Analyse zeigt, dass europäische Identität (oder deren Abwesenheit) die Einstellungen zu einer koordinierten europäischen Wirtschaftspolitik als Ausweg aus der Krise prägt, und zwar stärker als andere Faktoren.

Jürgen Gerhards und Holger Lengfeld gehen noch einen Schritt weiter.<sup>42</sup> Sie fragen danach, in welchem Ausmaß die Bevölkerung in den EU-Mitgliedsstaaten bereit ist, „jedem EU-Bürger die gleichen Rechte und Lebenschancen zu garantieren, unabhängig davon, aus welchem EU-Land er kommt und in welchem EU-Land er sich gerade aufhält“.<sup>43</sup> Es geht ihnen darum herauszufinden, wie weit die Sozialintegration des EU-Raumes vorangeschritten ist oder ob die diesbezüglichen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger an den eigenen Landesgrenzen halt macht oder nicht. Dazu wurden Umfragen aus den EU-Mitgliedsstaaten Polen, Spanien und Deutschland sowie aus dem Beitrittskandidatenland Türkei ausgewertet. Zwar sollte man hier mit Generalisierungen vorsichtig sein, aber die drei untersuchten EU-Staaten sind repräsentativ für den „reichen Norden“ der EU, die südeuropäischen Krisenländer und die neuen Mitgliedsstaaten Osteuropas.

Die Ergebnisse sind eindeutig und geben zu gedämpftem Optimismus Anlass, was die Sozialintegration Europas und die „Solidarität unter Fremden“ angeht. Unionsbürgerinnen und –bürger billigen sich mit großen Mehrheiten wechselseitig gleiche Rechten und Pflichten zu (in Bezug auf Zugang zum Arbeitsmarkt sowie politische Rechte und soziale Rechte). Sie machen keine Unterschiede (mehr) zwischen Personen aus dem eigenen Land und Menschen aus anderen EU-Ländern. Mit anderen Worten, es gibt unter den Unionsbürgern keine „Ausländer“ mehr, wenn es um politische und soziale Rechte angeht. In etwas geringerem Ausmaß werden auch Bürgern der Türkei diese Rechte zugebilligt.<sup>44</sup> Und wenn man die Befragten mit konkreten Entscheidungssituationen in der Praxis konfrontiert, fallen die Zustimmungsraten für die Gleichheit aller EU-Bürger zwar etwas geringer aus, aber die Mehrheit ist bereit, ihre Wertevorstellungen in die Praxis umzusetzen.<sup>45</sup>

---

<sup>41</sup> Kuhn, Theresa/Stoeckel, Florian, When European integration becomes costly: The Euro crisis as a test of public support for European economic governance, Manuskript, KFG International Conference, Freie Universität Berlin, 14.- 15. Dezember 2012.

<sup>42</sup> Vgl. zum Folgenden Gerhards, Jürgen/Lengfeld, Holger, Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger, 2013.

<sup>43</sup> Ibid., Ms. S. 11.

<sup>44</sup> Dies gilt aber nicht umgekehrt. Türkische Bürger lehnen gleiche Rechte für EU-Bürger überwiegend ab. Vgl. dazu auch Gerhards, Jürgen, Cultural Overstretch? Differences Between Old and New Member States of the EU and Turkey, 2007.

<sup>45</sup> Gerhards, s.o. Fn. 42, Ms. S. 14f.

Ich fasse zusammen:

1. Die bisher größte Krise der europäischen Integration hat bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu einer manifesten Legitimationskrise der EU geführt. Die grundlegenden Einstellungen zur EU, zur europäischen Identität und selbst zum Euro haben sich nur wenig verändert.
2. Die verschiedenen Umfragedaten und Studien deuten darauf hin, dass europäische Identität belastbar zu Solidarität mit denjenigen führt, die in die Krise geraten sind. Die Bevölkerungen der Gläubigerländer sind sich im Wesentlichen mit den Bürgerinnen und Bürgern der Krisenländer einig, dass Solidarität einerseits geboten ist, aber andererseits an Fairnessregeln und konkrete Bedingungen geknüpft werden muss. Je größer die Identifikation mit Europa, desto eher ist man zu dieser konditionalen Solidarität bereit.
3. Die Sozialintegration Europas nimmt trotz (oder gerade wegen?) der Krise zu und nicht ab. EU-Bürgerinnen und –Bürger behandeln sich untereinander immer weniger als „Ausländer“, was die Zubilligung gleicher politischer und sozialer Rechte angeht.

## Schlussfolgerungen

Während Henryk M. Broder in der „Welt“ vom 15.11.2012 den „Anfang vom Ende der Europäischen Union“ herbeipunkt,<sup>46</sup> habe ich in diesem Aufsatz deutlich zu machen versucht, dass davon in den Augen der EU-Bürgerinnen und –Bürger jedenfalls keine Rede sein kann. Was die hier untersuchten Einstellungen der Bevölkerung zur EU und zur Euro-Krise angeht, so finde ich im Gegenteil

- eine fortschreitende Europäisierung nationaler Identitäten, die mit grundsätzlich positiven Einstellungen zur EU und zur europäischen Integration verbunden ist;
- eine zunehmende Sozialintegration Europas im Sinne der Zubilligung gleicher Rechte und Pflichten für alle Unionsbürgerinnen und –bürger;
- eine wachsende „Solidarität unter Fremden“<sup>47</sup>, die aus der Europäisierung nationaler Identitäten erwächst und bereit ist, für Europa auch Kosten auf sich zu nehmen;
- eine mehrheitliche Befürwortung von erheblichen Transferzahlungen in der Euro-Krise, sofern Fairnessregeln eingehalten und nationale Haushalte konsolidiert werden (und dieses „quid pro quo“ wird selbst von den Bevölkerungen in den Krisenländern unterstützt!).

All dies gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus, was die Bereitschaft der Unionsbürgerinnen und –bürger angeht, eine durch die Krise gestärkte EU weiter zu unterstützen. Die in diesem Aufsatz analysierten Daten deuten darauf hin, dass sich die meisten Menschen in der EU nicht von euroskeptischen und rechtspopulistischen Rattenfängern verunsichern lassen, sondern sich ihre eigenen Meinungen zur Krise bilden (können). Die öffentliche Meinung präsentiert sich jedenfalls in den Umfragen wesentlich rationaler,<sup>48</sup> als dies die Medienberichterstattung zum Teil vermuten ließe.

Aus dieser Analyse folgt auch, dass die zunehmende und unausweichliche Politisierung europäischer Fragen und Themen<sup>49</sup> vermutlich nicht zu einer stärkeren Desintegration Europas führt, wie dies manche erwarteten. Wie hier argumentiert, sind die Sozialintegration Europas

---

<sup>46</sup> Vgl. <http://www.welt.de/debatte/henryk-m-broder/article111172543/Der-Anfang-vom-Ende-der-Europaeischen-Union.html> (zuletzt besucht am 6.1.13).

<sup>47</sup> Habermas, s.o. Fn. 2.

<sup>48</sup> Vgl. dazu Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y., *The Rational Public. Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences* 1992.

<sup>49</sup> Vgl. De Wilde, Pieter: *No Polity for Old Politics? A Framework for Analyzing the Politicization of European Integration*, in: *Journal of European Integration* 2011, Bd. 33, Nr. 5, S. 559-575; Hutter, Sven/Grande, Edgar, *Politicizing Europe in the national electoral arena*, Manuskript, PolEU Project Meeting, Florenz, 24. Nov. 2012.

und die europäische Identität weit vorangeschritten und daher belastbar, was Kontroversen und Streit „unter Europäern“ angeht. Damit einher geht eine zunehmende Transnationalisierung europäischer Öffentlichkeiten.<sup>50</sup> Insofern gehe ich davon aus, dass die europäische politische und soziale Integration gestärkt aus der Krise hervorgehen wird.

---

<sup>50</sup> Vgl. *Risse*, 2010, s.o. Fn. 3, Kap. 5-7; *Risse* (Hrsg.), *European Public Spheres. Bringing Politics Back In*, im Erscheinen.